

Vorlage Stadtparlament

Datum 6. August 2019
Beschluss Nr. 3233
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Guido Berlinger-Bolt, Remo Daguati, Barbara Hächler, Doris Königer, Donat Kuratli, Franziska Ryser, Nadine Niederhauser: «Zustand der Stadtbahnhöfe Bruggen und St.Fiden – einer Kantonshauptstadt unwürdig»; schriftlich

Guido Berlinger-Bolt, Remo Daguati, Barbara Hächler, Doris Königer, Donat Kuratli, Franziska Ryser, Nadine Niederhauser sowie 43 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 21. Mai 2019 die beiliegende Interpellation «Zustand der Stadtbahnhöfe Bruggen und St.Fiden – einer Kantonshauptstadt unwürdig» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Am 7. März 2010 hat die Bürgerschaft das «Reglement für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung» (Städteinitiative) angenommen. Gemäss Artikel 2 des Reglements sorgt die Stadt für ein attraktives Angebot im Bereich des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) sowie des als Langsamverkehr (LV) bezeichneten Fuss- und Veloverkehrs.

Die Förderung des ÖV ist ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung. Bei der Erarbeitung des kommunalen Richtplans wurden daher auch entsprechende strategische Überlegungen angestellt und basierend auf einer Schwachstellenanalyse konzeptionelle Verbesserungen erarbeitet. Auch aus dem Mobilitätskonzept 2040 ergeben sich diverse Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖV. Die Förderung des ÖV ist somit ein zentrales verkehrliches Anliegen der Stadt. Dabei ist auch ein attraktives Schienenangebot wichtig.

Seit Januar 2004 ist das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) in Kraft. Dessen Bestimmungen müssen auch in Bezug auf die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs (ÖV) bis Ende 2023 umgesetzt werden. Insbesondere gilt es, mit verhältnismässigen Mitteln¹ niveaugleiche Einstiegsmöglichkeiten an den Haltekanten zu schaffen. Die Anpassung der Haltekantenhöhe dient dabei nicht nur der Erfüllung des Behindertengleichstellungsgesetzes, sondern auch dem verbesserten Einstieg in öffentliche Verkehrsmittel im Allgemeinen, vor allem für ältere Menschen und Personen mit Kinderwagen. Aufgrund technischer, terminlicher und finanzieller Gegebenheiten werden sowohl beim Bahn- als auch beim

¹ Gemäss Artikel 11 des BehiG kann die Verwaltungsbehörde die Beseitigung der Benachteiligung nicht anordnen, wenn der für Behinderte zu erwartende Nutzen in einem Missverhältnis steht, insbesondere: a. zum wirtschaftlichen Aufwand, b. zu Interessen des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes, c. zu Anliegen der Verkehrs- und Betriebssicherheit.

Busverkehr nicht alle Haltestellen bis 2023 hindernisfrei ausgestattet werden können. Zudem werden einige Haltestellen mit verhältnismässigen Mitteln gar nicht realisiert werden können.

Das Angebot im Schienenverkehr wird durch die Besteller bestimmt. Beim Fernverkehr ist dies der Bund, beim Regionalverkehr sind dies Bund und Kantone gemeinsam. Ebenso ist die Ausgestaltung der Bahnhöfe Sache der entsprechenden Transportunternehmungen. Die Stadt kann daher lediglich als Antragstellerin Einfluss nehmen.

2 Beantwortung von Fragen

1. Innert welcher Frist ist der Ausbau der Stadtbahnhöfe Bruggen und St.Fiden mit kundenfreundlichen, barrierefreien Publikumsanlagen geplant?

Wie in der Ausgangslage festgehalten, liegt die Ausgestaltung der kundenfreundlichen, barrierefreien Stadtbahnhöfe nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Die Stadt St.Gallen wurde durch die SBB darüber informiert, dass der Bahnhof Bruggen nicht bis 2023 gemäss den Vorgaben des BehiG umgebaut werden kann. Ab 2023 werden deshalb bis zu einer endgültigen Lösung Ersatzmassnahmen für die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten angeboten. Darüber, wie diese Ersatzmassnahmen oder Anpassungen in Bruggen aussehen werden, verhandeln im Moment die SBB und das Bundesamt für Verkehr (BAV). Die SBB werden die Stadt St.Gallen zu gegebener Zeit über die Ergebnisse der Verhandlungen informieren.

Für Ausbauten am Bahnhof St.Fiden ist die Planung bereits seit einiger Zeit im Gange. Die Stadt wurde frühzeitig einbezogen. Die Planung resp. Genehmigung ist aufgrund der notwendigen umfangreichen Klärungen und erforderlichen Prozesse (u.a. Planungsgenehmigungsverfahren Dauer ca. 15 Monate) sehr zeitintensiv. Die Planung sollte Ende Jahr abgeschlossen sein, danach laufen die Genehmigungsverfahren.

Massnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Entwicklungsplanung St.Fiden-Heiligkreuz werden zeitlich später erfolgen. Im Rahmen der Entwicklungsplanung wird eine Gleisüberdeckung geprüft. Die bisherigen Ergebnisse bestätigen die technische Machbarkeit, zeigen aber insbesondere auch wirtschaftliche Risiken auf. Eine vertiefte Machbarkeitsstudie zur Überdeckung der Gleise soll Aufschluss über die weiteren Entwicklungsschritte geben. Die SBB können auf diese eintretende zeitliche Verzögerung nicht Rücksicht nehmen. Die Umsetzung der hindernisfreien Ausgestaltung des Bahnhofs St.Fiden ist derzeit für Ende 2022 / Anfang 2023 vorgesehen.

2. Wie hoch sind die Kosten für diese Ausbauten?

Gemäss ersten Abklärungen der SBB werden für die Sanierung der Bahn- und Gleisanlagen am Bahnhof St.Fiden Kosten von rund CHF 12-15 Mio. entstehen. Die Kosten der Ausbauten am Bahnhof Bruggen sind abhängig von der noch zu definierenden Lösung.

3. Wer trägt diese Kosten? Wer ist für die Planung zuständig?

Die Kosten werden durch die zuständige Infrastrukturbetreiberin bezahlt. Für die Bahnhöfe Bruggen und St.Fiden sind dies die SBB. Auch die Planung obliegt der entsprechenden Transportunternehmung, d.h. den SBB.

4. Was tut der Stadtrat, um diese Ausbauten zu beschleunigen?

Die Stadt ist auf fachlicher Ebene in den entsprechenden Gremien eingebunden und nimmt dort ihre Aufgabe zur Verbesserung des Schienenverkehrs wahr. Der Stadtrat bedauert, dass der Bahnhof Bruggen nicht bis 2023 gemäss den Vorgaben des BehiG umgebaut werden kann, weiss aber aus der Erfahrung bei eigenen Projekten, dass solches in der Praxis schwierig ist. Sollte es in der geplanten zeitlichen Umsetzung der beschriebenen Massnahmen zu Verzögerungen kommen, wird der Stadtrat in angemessener Form intervenieren.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 21. Mai 2019